

hi

s.C.41.F.121.0. - NU/mb

Bern, den 11. August 1969

Notiz an den Departementschef

Abwertungsbeschluss der  
französischen Regierung  
vom 8. August 1969

Der Abwertungsbeschluss bedeutet eine Abkehr vom Prestigedenken und die Rückkehr zu einer realistischeren Politik. Die neue französische Regierung scheint entschlossen, ihre eigene Linie verfolgen zu wollen.

Bei anhaltend starken Devisenverlusten, der Unterbewertung des Franc an den internationalen Devisenmärkten und der Gefahr wiederauflebender Spekulationen gegen diese Währung lautete die Alternative : einschneidende Deflationsmassnahmen mit Arbeitslosigkeit oder Abwertung. Für letztere Massnahme war der Zeitpunkt gut gewählt. Die vollständige Geheimhaltung ersparte Frankreich eine Spekulationswelle mit grossen Devisenverlusten. Die Abwertung ist indessen bloss der Anfang eines neuen Kapitels in der französischen Wirtschaftsgeschichte. Die Regierung wird vor allem für die innere Stabilisierung zu sorgen haben (Budget, Kredite, Löhne und Preise). Wird sie sich insbesondere den Gewerkschaften gegenüber, die Lohnerhöhungen fordern, durchsetzen? Als provisorische Sofortmassnahme wurde ein Preisstop verfügt. Ueber Erfolg oder Misserfolg der Abwertung wird erst entschieden werden können, wenn die Entwicklung auf dem Lohn- und Preissektor überblickbar wird (man denke an das britische Beispiel).

Nach französischer Ansicht wurde der Abwertungssatz (12,5% gegenüber dem Dollar) hoch genug festgesetzt, um den wirtschaftlichen Gesundungsprozess sicherzustellen, indessen aber auch so niedrig, dass den Wirtschaftspartnern Frankreichs keine unzumutbaren Schwierigkeiten entstehen.

./.

- 2 -

Die Franc-Zone hat die Abwertung mitgemacht (es handelt sich um : Senegal, Mauretania, Kamerun, die Elfenbeinküste, Dahomey, Togo, Niger, Mali, Obervolta, Kongo-Brazzaville, Tschad, Gabun, die Zentralafrikanische Republik und Madagaskar).

Für die Schweizerische Nationalbank war die Ueber- raschung, wie für jedermann, vollkommen. Auf die Schweiz werden sich kaum Rückwirkungen ergeben. Möglicherweise wird der Tourismus etwas beeinträchtigt (dies wäre aber im Falle einschneidender französischer Deflationsmassnahmen auch zu erwarten gewesen; zudem könnte bei fortschreitender wirtschaftlicher Gesundung Frankreichs mit dem Wegfall der jetzi- gen Devisenrestriktionen gerechnet werden). Sofern die Ab- wertung eine Förderung der französischen Exporte zur Folge hat, müsste dies, verbunden mit der Erschwerung unserer Lieferungen nach Frankreich, aus konjunkturellen Gründen sogar begrüsst werden. Unter Umständen werden auch Abflüsse französischer Gelder aus der Schweiz zu verzeichnen sein.

Die EWG-Behörden und -Partner wurden nicht konsul- tiert. Wenn vitale nationale Interessen auf dem Spiel stehen ist, wenigstens in französischer Sicht, die Gemeinschaft weiter- hin nicht existent. Das Hauptproblem liegt bei den landwirt- schaftlichen Preisen, die, in Francs ausgedrückt, um den Ab- wertungssatz steigen. Dies kann angesichts der bereits be- stehenden sehr grossen landwirtschaftlichen EWG-Ueberschüsse nicht hingenommen werden. Zusätzliche Spannungen in der EWG und ein Rückschlag für die gemeinsame Landwirtschaftspolitik sind zu erwarten.

Bisher notierten Dollar und Pfund an den Devisen- märkten relativ fest. Insbesondere für Grossbritannien mit seiner prekären Zahlungsbilanz ist die Abwertung allerdings nicht problemlos. Sollten die britischen Ausfuhren nach Frank- reich und - wegen der gesteigerten französischen Konkurrenzkraft -

./.

- 3 -

auch auf Drittmärkten in Mitleidenschaft gezogen werden, so wären neue Schwächeanfänge des Pfundes nicht auszuschliessen.

Ob mit der Franc-Abwertung das DM-Problem gelöst wurde, ist fraglich, da die deutsche Währung trotz einer gewissen Erhöhung des deutschen Preisniveaus weiterhin als "zu hart" angesehen werden könnte. Nach den Septemberwahlen könnte also die DM-Spekulation wieder aufleben. Wenn somit durch die Franc-Abwertung ein potentieller Krisenherd beseitigt wurde, so bleiben doch deren andere bestehen. Auf weitere Sicht ist übrigens auch das Dollar-Problem pendent.

"Le Monde" stellt fest, im Währungssektor sei die französische Position erneut geschwächt worden. Daher sieht die Zeitung die Möglichkeit, dass Frankreich, das trotz seiner lange betriebenen Obstruktionspolitik auf internationaler Ebene einen heilsamen Einfluss in Richtung auf die Einhaltung gesunder Zahlungsbilanzpraktiken ausübte, sich immer mehr anderen Schuldnerländern wie den USA und Grossbritannien annähert, denen als Hauptgläubiger nur Deutschland gegenübersteht.

*A. Aubert*

Kopie : - Herrn Botschafter Micheli  
- Herren L. Rochat / Faillettaz